

"Ben Fayot zum EU-Standort Luxemburg: Keine Zugeständnisse mehr" in Revue

Legende: Das luxemburgische Wochenmagazin Revue veröffentlicht ein Interview mit dem Abgeordneten Ben Fayot über das Gewicht von Luxemburg als Sitz der Institutionen der Europäischen Union neben den zwei anderen „Europäischen Hauptstädten“: Brüssel und Straßburg.

Quelle: Revue. d'lëtzebuerger illustréiert. Hrsg. LUDIG, Guy ; Herausgeber WOLF, Claude. 16.10.2002. Luxembourg: Editions Revue s.a.

Urheberrecht: (c) Revue

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"ben_fayot_zum_eu_standort_luxemburg_keine_zugestandnisse_mehr"_in_revue-de-091c9940-2ece-4152-99ff-333755ea3468.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 17/09/2012

Ben Fayot zum EU-Standort Luxemburg

Keine Zugeständnisse mehr

Der Europa-Kenner befürchtet, dass Luxemburg progressiv zur EU-Provinzgarnison werden könnte.

INTERVIEW: MARYSE LANNERS

REVUE: Der Finanzplatz Luxemburg ist in Bedrängnis. Wie steht es um den EU-Sitz?

Ben Fayot: Der steht ebenfalls unter Druck und bereits seit längerem. Beim Europaparlament werden dauernd Posten abgebaut, mittlerweile sind dort weniger als 2.000 Beamte beschäftigt. Dabei müssten es mindestens 2.086 sein, wie Staatsminister Juncker es vor zwei Jahren mit der Präsidentin des Europaparlaments Nicole Fontaine abgemacht hatte. Die DG4 (Wissenschaft und Forschung) wird progressiv nach Brüssel transferiert.

Dem Parlament bleiben hauptsächlich technische Dienste und Übersetzer. Auch bei der Kommission sollen interessante Generaldirektionen nach Brüssel verlegt werden. Als Entschädigung könnte Luxemburg einzelne Agenturen bekommen. Aber das ist wirklich nicht vergleichbar. Und was die Gerichtshauptstadt betrifft, die Luxemburg als Standort des Europäischen Gerichtshofes ja sein könnte, da wurde die neue Agentur Eurojust in Den Haag angesiedelt!

REVUE: Setzt die Regierung sich nicht genug ein, oder handelt es sich um das Schicksal Luxemburgs, das in Europa progressiv an Einfluss verlieren wird?

B.F.: Beides trifft zu, wobei ich betone, dass man den schwarzen Peter nicht nur der aktuellen Regierung zustecken kann. Der Vertrag von 1965 sowie die Beschlüsse des Gipfels von Edinburgh aus dem Jahr 1992 haben Luxemburg eine gewisse Anzahl an europäischen Institutionen und Diensten vertraglich zugesichert. Dennoch gibt es innerhalb der Union starke zentralistische Strömungen. Das Parlament wäre am liebsten komplett in Brüssel. Die Kommission ebenfalls. Um Missstimmungen zu beseitigen, verhandelten unsere Regierungen, machten Zugeständnisse. Doch sobald die Institutionen den kleinen Finger hatten, wollten sie die ganze Hand. Ich finde die Regierung müsste jetzt klar auf ihre vertraglichen Rechte pochen und dürfte keine weiteren Zugeständnisse machen.

REVUE: Konkret: Ist die EU-Hauptstadt Luxemburg in Gefahr?

B.F.: Durch die Erweiterung erhalten wir mehr EU-Beamte, vorwiegend Übersetzer und Techniker. Wirklich interessant sind aber die politischen Organe und die intellektuell anspruchsvollen Dienste, wie die DG4. Wenn wir die nicht behalten, werden wir wirklich zu einer Provinzgarnison der EU, wie der frühere Präsident des Europaparlaments Gil Robles einmal sagte.

REVUE: Was wurde aus dem Bericht des Franzosen Alain Chantraine, den die Kommission mit der Analyse des EU-Standortes Luxemburg beauftragt hatte?

B.F.: Aufgrund dieses Berichtes wollte die Kommission die Regierung überzeugen, Direktionsabteilungen nach Brüssel umzusiedeln. Als Kompensation sollten wir die Nahrungsmittelagentur erhalten. Jetzt sind andere Agenturen im Gespräch – allesamt halboffizielle Dienste, wie das Übersetzungszentrum. Die müssen sich selbst finanzieren, sind im EU-Haushalt nicht vorgesehen. Die Beschäftigten haben zumeist befristete Arbeitsverträge, sind keine EU-Beamten.

REVUE: Wo befindet sich das Übersetzungszentrum?

B.F.: Im Untergeschoss des «Hémicycle» – dort arbeiten zurzeit 120 Personen. Sie übersetzen Texte im Auftrag anderer EU-Agenturen. Es ist klar, dass es ein wichtiger Dienst ist, der mit der Erweiterung wachsen wird. Das ist ja auch das Hauptargument von Kommissarin Viviane Reding. Sie sieht Luxemburg

als linguistisches Zentrum Europas.

REVUE: Was halten Sie davon?

B.F.: Ich bin gegen den Zentralismus aus Brüssel. Europa sollte die drei Hauptstädte behalten. Luxemburg braucht auch wichtige Institutionen.

REVUE: Glauben Sie, dass Frau Reding da anderer Ansicht ist?

B.F.: Frau Reding ist Mitglied der Kommission. Dort wird an einer Reform gearbeitet. Ihr Kollege Neil Kinnock versucht dem Gremium klarzumachen, dass seine Absichten die richtigen sind. Und dazu gehört auch das Zusammenziehen einiger Direktionen in Brüssel. Ich nehme an, dass Frau Reding, die ja in diesem Gremium sitzt, dies auch mitbekommt und auch mitvertritt. Kinnock verkauft seine Argumente ja auch als Position der Kommission.

REVUE: Ist der Wanderzirkus zwischen drei Hauptstädten in Zukunft überhaupt noch zu vertreten?

B.F.: Dieses Argument wird meist von den Engländern im Zusammenhang mit den Parlamentssitzungen in Straßburg benutzt. Luxemburg ist da weniger betroffen. Es geht um ganz materielle Fragen. Europa hat es nicht einmal geschafft, Brüssel, Luxemburg und Straßburg via TGV miteinander zu verbinden. Die Engländer sind sauer, weil sie ganz schlechte Flugverbindungen nach Straßburg haben!

REVUE: Werden die Beitrittsländer ebenfalls Ansprüche stellen und EU-Abteilungen fordern?

B.F.: Klar. Bereits jetzt gibt es quer durch Europa viele Agenturen. Es soll ja kein zentralistischer Superstaat werden. Das wollen die Menschen nicht.

REVUE: Welche Trümpfe hat Luxemburg als EU-Hauptstadt?

B.F.: Wenn ich mit Europabeamten rede, dann stelle ich fest, dass die meisten sehr zufrieden sind. Sie sind angetan von der Lebensqualität, die hier viel höher ist als in Brüssel. Ich habe den Eindruck, dass die wenigsten weg wollen. Allerdings, wenn in Brüssel konstant neue Stellen ausgeschrieben werden, dann kommen keine neuen Leute nach Luxemburg.

REVUE: Bezüglich der Infrastrukturen auf Kirchberg gibt es allerdings so manche Klagen!

B.F.: Das muss man in seinen historischen Rahmen stellen. Der EU-Standort hat sich progressiv entwickelt. Das gibt die «gelungenst Montagen», auch finanzieller Natur. Langfristig wollen diese Institutionen ihre Gebäude besitzen. Das ist positiv, weil es sie enger an Luxemburg bindet. Wenn wir dem Parlament interessante Bedingungen schaffen, dann haben wir einen starken Trumpf in der Hand.

REVUE: Sie sind Mitglied des Konvents, der über die zukünftigen Machtmechanismen in der EU nachdenken soll. Inwieweit zählen dort historische Abmachungen aus den Gründerjahren?

B.F.: Es gibt eine Arbeitsgruppe, die sich mit der Vereinfachung der Prozeduren befasst. Dort ist die Sitzfrage ein Thema. Bislang hat diese Arbeitsgruppe, in der unser permanenter Vertreter in Brüssel, Nicolas Schmit, sitzt, erst einmal getagt. Im Konvent wird mit einer Auseinandersetzung über die Sitzfrage zu rechnen sein.

REVUE: Luxemburg ist größter Nettozahler der EU. Kritische Stimmen gibt es dennoch keine. Erstaunlich, oder?

B.F.: Das wundert mich nicht, weil um so viel Geld geht es da nicht. Mich wundert eher, dass wir keine Diskussion über die Erweiterung der EU hatten! Die Kommission will 10 Länder aufnehmen und darüber wird weder in der politischen Klasse noch in der Öffentlichkeit geredet. Aus Umfragen wissen wir, dass die

Luxemburger die Erweiterung mit einer gewissen Zurückhaltung betrachten. Ich finde das Engagement der Politiker für europäische Fragen nicht groß genug.

Zur Person

Ben Fayot (65), sozialistischer Abgeordneter, Stadtrat und langjähriger LSAP Präsident, war zwischen 1989 und 1999 Mitglied des Europaparlaments. Bis 1984 arbeitete Fayot als Sprachenprofessor im «Athénée». Seither hat ihn die politische Bühne nicht mehr losgelassen. Fayot gilt als ausgesprochener Europa-Kenner.